

**REGIOPOLITIK** Heinrich Ueberwasser spricht über sein Amt als Präsident des Districtsrats des Trinationalen Eurodistricts Basel

## «Wir müssen uns als gemeinsamen Interessenraum begreifen»

Vor wenigen Tagen hat der 58-jährige SVP-Politiker Heinrich Ueberwasser seine zweite Amtszeit als Präsident des Districtsrats des Trinationalen Eurodistricts Basel angetreten, die bis zum Frühjahr 2018 dauern wird. Ueberwasser präsidierte dieses Gremium bereits von Frühling 2010 bis 2012. Im Gespräch mit der Rieher Zeitung äussert er sich zur Regio-Politik und deren Bedeutung für den Kanton Basel-Stadt und die Gemeinde Riehen.

**RZ: Was ist der Districtsrat genau und wie setzt er sich zusammen?**

**Heinrich Ueberwasser:** Der Districtsrat des Trinationalen Eurodistricts Basel besteht aus 15 Deutschen, 15 Franzosen und 20 Schweizern. Die Schweizer Abgeordneten sind vom Volk zuvor in verschiedene Gremien in den Kantonen Basel-Stadt, Baselland, Aargau und Solothurn gewählt worden und von diesen in den Districtsrat delegiert – ich als Grossrat.

Als Districtspräsident bin ich dafür verantwortlich, dass die Ratsgeschäfte vertieft behandelt werden – im Plenum, in den Kommissionen und im Vorstand. Der Districtsrat nimmt von sich aus Themen auf, macht Vorstösse an die Exekutive und beschliesst Resolutionen an Dritte. Der Districtsrat hat aber keine Kompetenzen, Geld zu sprechen, Projekte zu bewilligen oder Abgaben zu erheben.

**Worin liegt der besondere Reiz? Wozu braucht es den Districtsrat?**

Der Districtsrat ist trinational. Er bringt also Gewählte aus den verschiedenen Ländern und Kantonen zusammen. Zunächst geht es darum zu verstehen, wie die Körperschaften in der Region organisiert sind, wie die Kollegen und Kolleginnen in der Region denken und die politischen Kulturen funktionieren. Nur so kann man erfolgreich zusammenarbeiten und Anliegen des eigenen Kantons zum Erfolg bringen.

Dies gilt auch für das Verhältnis zwischen Basel-Stadt und Baselland. Als Grossrat erlebe ich, wie viel Luft nach oben die Zusammenarbeit zwischen Basel-Stadt und Baselland hat. Der Districtsrat ist im Moment der Ort, wo die besten Kontakte zustande kommen. Damit dieser Kontakt Sinn macht, müssen wir uns gemeinsam über die Themen informieren, in den Districtsratsgremien Lösungen erarbeiten und darüber debattieren.

Die Arbeit des Districtsrats richtet sich primär an den Vorstand des Eurodistricts, also die Exekutive, zudem an die Öffentlichkeit. Am meisten erreichen wir, wenn wir Themen und Know-how in diejenigen Gremien mitnehmen, die uns in den Districtsrat delegiert haben.

**Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region ist Ihnen schon lange ein grosses Anliegen. Wie können Sie die Interessen Ihrer Wohn-gemeinde Riehen in diese Arbeit einbringen?**

Der Schlüssel, um Anliegen von Basel-Stadt zu verwirklichen, ist, dass wir uns als gemeinsamen Interessenraum verstehen. Wir fahren als gesamte Region am besten, wenn wir einander den Erfolg gönnen und Win-Win-Lösungen erarbeiten.

Schwieriger wird es, wenn primär Bern, Paris oder Berlin zuständig sind. Beispiel: Dass der EuroAirport, der Flughafen Basel-Mulhouse, ein binationaler Schweizer Landesflughafen bleibt, ist für mich im Moment eine der grössten regionalen Herausforderungen – verbunden mit Bahnanschluss, Steuerfragen, Nachtruhe und so weiter. Die zweite grosse Herausforderung besteht darin, dass der Wirtschaftsstandort Basel – also Gewerbe, Handel und Industrie – mit gleich langen Spiesen ausgestattet ist wie sein Umland. Riehen ist besonders mit der trinationalen Region verbunden, weil es an vier deutsche Gemeinden grenzt und als grosses grünes Dorf mitten in der Agglomeration liegt. Da geht es darum, gemeinsame Interessen zu erkennen und Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Ein Fehler wäre es zum Beispiel, die Tramschlaufe der Linie 6 für viel Geld ein paar Meter nach Deutschland zu verlegen, an eine neue S-Bahn-Station an der Landesgrenze beim Stettenfeld – nicht nur, weil dann eine



Heinrich Ueberwasser vor dem Badischen Bahnhof in Basel – für ihn das älteste und beste Beispiel, wie regionale Zusammenarbeit zur Win-Win-Situation wird.

Foto: Rolf Spriessler-Brander

grössere Überbauung des Stettenfelds kommen wird und speziell auf Rieherer Kundschaft ausgerichtete deutsche Billigkaufhäuser an der Grenze entstehen werden. Wohlverstanden: Ich bin gegen Bevormundung im grenzüberschreitenden Einkauf, aber die Spiese dies- und jenseits der Grenze müssen gleich lang sein.

Ich habe Respekt vor Einrichtungen, die schon vor der Frankenstärke unverwechselbar gewesen sind, wie der Lörracher Markt zum Beispiel oder das familiäre Konzept eines Hieber-Marktes. Aber wenn man jetzt den Roten Teppich ausrollt, damit man genau an der Grenze zusätzliche Einkaufsmöglichkeiten schaffen kann, dann ist das der Todesstoss für den Rieherer Detailhandel.

Ausserdem: Das Stettenfeld soll ein Spazierparadies bleiben. Wenn man aber dort eine zusätzliche S-Bahn-Station baut, wäre es aus raumplanerischer Sicht logisch, dass man dann das ganze Stettenfeld über kurz oder lang überbauen würde. Aus regionaler und Rieherer Sicht ist die Vernetzung der verschiedenen öffentlichen Verkehrsträger zudem grossflächiger zu betrachten.

**Wo müsste dann die Lösung sein? Sie wollen also keine S-Bahn-Station direkt an der Grenze?**

Wir sollten regional planen, wo die Verknüpfungen des öffentlichen und privaten Verkehrs primär stattfinden. Dazu gibt es verschiedene Modelle, die auch die Standorte für Park + Ride beinhalten müssen. Soll man Buslinien am Rieherer Bahnhof entlangfahren lassen oder lieber an andere Orte führen? Wäre Lörrach-Stetten ein geeigneter Knotenpunkt oder müsste es aus verkehrstechnischen Gründen Lörrach-Hauptbahnhof sein? Macht es Sinn, die Tramlinie doch wieder parallel zur Eisenbahn zu führen, wo doch die S-Bahn heute auf Lörracher Gebiet einem Trambetrieb gleicht mit der hohen Frequenz an Haltestellen – was dem Gedankan einer Städte-Schnellbahn ja widerspricht? Die Planung müsste – natürlich mit Rieherer Beteiligung – auf der Stufe Kanton Basel-Stadt und Landkreis Lörrach – oder sogar mit dem Land Baden-Württemberg – durchgeführt werden.

Ein hervorragendes Potenzial hat übrigens auch der Badische Bahnhof in Basel – für mich so etwas wie «Rieher Hauptbahnhof». Er ermöglicht die direkte S-Bahn-Erschliessung Riehens, einen direkten Anschluss an den Bahn-Fernverkehr und auch zum EuroAirport. Der Badische Bahnhof ist wohl das älteste und beste Beispiel, wie regionale Zusammenarbeit zur Win-Win-Situation wird.

**Welche Interessen Riehens, die sich auf eine regionale Zusammenarbeit beziehen, sind für Sie besonders wichtig und in welche Richtung sollte es dabei gehen? Welches sind die Chancen Riehens in einer regionalen Zusammenarbeit?**

Basel und Riehen befinden sich im Herzen unserer Region, mitten in einer Agglomeration und einem Metropolitanraum. Wir wollen – auch als Rieherer – Teil dieses Wirtschafts- und Kulturstandorts von Weltrang bleiben. Das sichert Arbeitsplätze. Es gibt neu Mechanismen wie ein Agglomerationsprogramm oder die sogenannte Neue Regionalpolitik des Bundes. Der Bund vergibt seine Gelder und Mitfinanzierungen nach bestimmten Kriterien. Und diese lauten zum Beispiel: Wenn man eine Agglomeration hat, muss man im Innern verdichten, und zwar in erster Linie entlang des öffentlichen Verkehrs, insbesondere entlang der S-Bahn-Linien. Die Herausforderung für Basel-Stadt ist nun die, sich als Wirtschafts-, Kultur- und hoffentlich auch Sport-Standort weiterzuentwickeln. Die Leute gehen in der Regel in Basel arbeiten. Da besteht ein existenzielles Interesse. Nur wenn wir die guten Arbeitsplätze behalten, können wir uns – auch in Riehen – weiterhin den Wohlstand leisten, den wir heute haben.

Aber: Riehen als grosses grünes Dorf zu erhalten und sanft zu entwickeln ist ein Ziel, das in der Logik des Bundes und des Kantons aus Gründen der Raumplanung kaum vorkommt. «Riehen ist mitten in der Agglomeration und so gut erschlossen, da müsst ihr verdichten und entlang der S-Bahn-Linie die letzten Grünflächen überbauen», wird von Bern und vom Kanton gesagt. Dagegen wehre ich mich. Und nicht nur ich. Das Volk hat dies in mehreren Volksabstimmungen zum Ausdruck gebracht. Dass Riehen als lebenswertes Dorf mitten in dieser Agglomeration, in dieser Wirtschaftsregion, längerfristig bestehen kann, ist eine grosse Herausforderung.

**Sie haben vor einigen Monaten die Idee in den Raum gestellt, die Region Basel als Zollfreizone zu definieren.**

Die Idee war als Weckruf gedacht, ist aber schwierig umzusetzen. Man kann Basel-Stadt nur bedingt mit der Zollfrei-Region Samnaun vergleichen.

Entscheidend ist die Überlegung dahinter: Wir haben in der Schweiz und im angrenzenden Ausland Detailhandel und Handwerksbetriebe, die in gegenseitiger Konkurrenz stehen, und das ist auch richtig so. Qualität und Preis sollen entscheiden. Und die Konsumenten wählen frei. Aber die Spiese müssen gleich lang sein.

Wenn Sie in Deutschland einkaufen gehen, können Sie heute zu einem günstigeren Kurs einkaufen, aufgrund von Entwicklungen, für die das Rieherer Gewerbe nichts kann. Sie können als Schweizer Kunde die erhebliche deutsche Mehrwertsteuer zurückholen. Ich möchte niemandem die Freude nehmen, den grünen Zettel abstempeln zu lassen. Doch was bedeutet das für das Rieherer Gewerbe? Die Leute stehen vor der Wahl, ob sie in Riehen einkaufen oder in Lörrach.

Und da haben die Rieherer Geschäfte derzeit die zwei auf dem Rücken. Die Zollfrei-Idee ist ein Weckruf im Sinn von: Macht die Spiese wieder gleich lang!

Da sind wir bei einem meiner Grundanliegen, nämlich dass man Steuern und Gebühren generell tief hält. Steuern, Gebühren, Bürokratie sollen gesenkt und erleichtert werden. Das geht bis zu den Parkplätzen. Wenn Sie als Konsument leicht irgendwo hinfahren und parkieren können, gehen Sie dort eher hin. Und das sage ich als Velofahrer und ÖV-Benutzer.

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten, etwas zu tun. Man kann darauf drängen, die Rückzahlung der deutschen Steuern zu erschweren. Das entspricht nicht meinem Weltbild. Oder man überlegt sich, wie wir hier für gleich lange Spiese für unser Gewerbe sorgen – nicht nur für unsere Läden, auch unsere Handwerker sind von der Situation betroffen.

**Sie sind Kommunalpolitiker als Rieherer Einwohnerrat, Kantonspolitiker als Grossrat, pflegen die regionale Zusammenarbeit als Districtsrat und haben schon für den Nationalrat kandidiert. Auf welcher Ebene sehen Sie Ihre besonderen Stärken und was möchten Sie mit Ihrer politischen Arbeit erreichen?**

Ich bin in Riehen aufgewachsen. Ich bin Teil dieses Dorfes, das Dorf ist Teil des Kantons Basel-Stadt. Ich bin Rieherer, gleichzeitig Basler und Teil dieser Region, wirtschaftlich, politisch und emotional. In die Politik gegangen bin ich vor über zwanzig Jahren als Präsident der IG Moostal, weil ich gesehen habe, dass Riehen in seiner Einmaligkeit als grünes Dorf bedroht ist – durch Überbauung, durch Zubetonieren. Ich habe, natürlich zusammen mit anderen Menschen, viel erreicht und eine Mehrheit der Bevölkerung für diese Anliegen hinter mir.

Unsere Wohlstand haben wir primär unserem starken Wirtschaftsstandort Basel zu verdanken. Damit das so bleibt, müssen wir Rahmenbedingungen schaffen. Ein Teil dieser wirtschaftlichen Stärke hat damit zu tun, dass wir grenzüberschreitend zusammenarbeiten – nicht nur weltweit, sondern eben auch in der Region. Baden-Württemberg ist ein starker Handelspartner. Ohne die Wirtschaft mit ihren Arbeitsplätzen können wir uns nicht leisten, ein sozial ausgleichendes, wohlütiges, kulturpflegendes, gute Bildung anbietendes Gemeinwesen zu haben.

Die Regiopolitik hat mich verändert. Dank ihr bin ich diplomatischer geworden. Ich verrete zwar die Interessen von Basel-Stadt und von Riehen, aber ich möchte, dass es der ganzen Region gut geht. Das gilt auch im Schweizer Teil der Region. Je weniger Reibereien zwischen den beiden Basel oder zwischen Riehen und Basel, desto überzeugender gelingt regionale Zusammenarbeit. Die kantonale und

die Bundespolitik leiden dagegen zunehmend an Blockierungen: Man bekämpft sich, stellt gegenseitig Fähigkeiten infrage. Man spielt auf den Mann statt auf den Ball. Es wird hintenherum geredet und paktiert. Es ist verrückt, wie wenig das Potenzial der Menschen ausgeschöpft wird, die in den Parlamenten sitzen.

In der Regiopolitik kann ich nur etwas erreichen, wenn ich am Positiven anknüpfe. Ich muss mit den anderen einen gemeinsamen Nenner finden. Zum Beispiel zur Frankenstärke. Man kann sich abschotten oder man kann die gegenseitigen Stärken akzeptieren. Knüpfen wir also am Positiven an. Dies tut die innerstaatliche Politik im Moment zu wenig.

**Sie haben sich für einen Fernseh-Tatort in Basel eingesetzt. Die deutsch-österreichisch-schweizerische Krimi-Serie erhält ein neues Tatort-Ermittlerteam in Freiburg im Breisgau, immerhin in unserer Region. Sind Sie damit zufrieden? Und wieso wäre ein Tatort Basel ein lohnendes Ziel?**

Ich freue mich auf den Freiburger Tatort. Aber Basel muss das Selbstbewusstsein haben, einen Basler Tatort zu fordern – und zwar als dauerhaften Handlungsort. Es sollte möglich sein, Konzessionsgelder, die wir ja auch mitbezahlen, oder Gelder aus der Filmförderung, die der Kanton Basel-Stadt vergibt, in den Basler Tatort zu investieren. Das wäre auch bestes Standortmarketing.

Initialzündung meiner Tatort-Idee war die Diskussion über die kantonale Filmförderung im Grossen Rat. Ich fragte, ob die Basler Regierung bereit sei, beim Schweizer Fernsehen in Zürich anzuklopfen, damit Basel neuer Tatort-Standort wird. Und da antwortete Regierungspräsident Guy Morin verschmitzt, nur wenn ich den Kommissar spielen würde. Die Episode zeigt, dass kreative Themen geeignet sind, politische Fronten aufzulockern. Was wir im Moment brauchen, ist Zusammenarbeit und Kreativität, um die Mittel, die wir haben, sinnvoll einzusetzen.

Quasi im Geheimen bastle ich ja selbst an Drehbuchideen für eine Basler Tatort-Reihe und überlege mir, an welchen Orten wir drehen könnten und welche Charaktere vorkommen. In einem Tatort-Kreativteam mitzuwirken, traue ich mir zu. Lange politische und anwaltliche Erfahrung, auch als Spielerberater, inspirieren mich zu Ideen für spannende Geschichten.

**Was waren die Höhepunkte Ihrer ersten Amtszeit von 2010 bis 2012? Wo konnten Sie besondere Akzente setzen?**

Darin, dass wir uns im Districtsrat nicht in parteipolitischen Lagern blockieren, sondern partei- und länderübergreifend mit einer grossen Offenheit und auch mit Lust zusammenarbeiten, zum Wohle aller. Die Districtsratsmitglieder aus allen drei Ländern erleben, dass ich die Dinge gerne aus den verschiedenen Perspektiven der regionalen Partner sehe, Probleme anpacke und für alle da bin.

Ich würde sagen, dass der Geist, der mit der 80-Millionen-Zahlung an den Kanton Baselland zur Rettung der Universität Basel geführt hat, seine Grundlage nicht zuletzt in der Zusammenarbeit hat, die im Districtsrat geleistet wird. Sie brauchen in einem Parlament Fürsprecher für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und für langfristiges Denken. Die 80 Millionen sind in der Art, wie sie beschlossen worden sind, schon etwas speziell, aber dass eine Universität als gemeinsame Errungenschaft und gemeinsames Projekt verstanden wird, hat damit zu tun, dass Leute da sind, die die Sicht anderer auf Basel-Stadt verstehen und so das Verbindende und Nachhaltige suchen.

Es trifft den Kern der Dinge nicht, wenn ein Ratspräsident sagt, er habe das und das im Rat selbst durchgebracht. Das ist nicht seine Aufgabe. Seine Aufgabe ist es, dass die Gremien funktionieren. Dass jeder zum Zug kommt. Dass die Argumente einfließen. Und dass danach möglichst die beste Lösung gewinnt. Und bei der Regiopolitik speziell auch, dass es Win-Win-Situationen gibt.

Interview: Rolf Spriessler-Brander